

Plädoyer für ein vereintes „Europa der Bürger“

WAHLKAMPF EU-Politiker Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer zu Besuch im Barßeler Hafen – Diskussion

BARßEL/CPA – „Wenn die Europäische Union bei den Deutschen nicht so gut angesehen ist, dann hat das auch damit zu tun, dass EU-Richtlinien in Deutschland nicht eins zu eins umgesetzt werden“, sagte Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer. Die Deutschen würden nämlich in puncto Richtlinienumsetzung oft das verschärfen, was in Brüssel beschlossen wurde. Der Europa-Abgeordnete aus Vechta war jetzt auf Einladung des CDU-Gemeindeverbandes Barßel in das Seemannsdorf gereist, um über Europapolitik und ihre Auswirkungen vor Ort zu sprechen.

Der 65-jährige Europaabgeordnete begutachtete bei seinem Besuch auch Projekte,

die mit EU-Geldern gefördert wurden, etwa den Ausbau des Barßeler Bootshafens. Mit Geldern der EU wurden aber auch Einrichtungen beim Moor- und Fehnmuseum in Elisabethfehn sowie die Padel- und Pedalstation am Hafen gefördert.

7. JUNI
2009



„Europa ist weit weg, aber den Bürgern im Alltag doch oftmals näher als sie denken oder ihnen lieb ist“, sagte der Parlamentarier. Denn zusätzliche Verordnungen, neue Vorschriften und einheitliche Richtlinien bekämen auch

die Bürger vor Ort zu spüren.

Trotz mancher Kritik nutzte Mayer bei der anschließenden Diskussionsrunde im Barßeler Restaurant „Queen of Texas“ die Gelegenheit, um für die EU zu werben. Die EU sei eine Friedens- und Wertegemeinschaft, die den Bürgern Sicherheit und Wohlergehen gebe. Das Europäische Parlament werde mit dem Inkrafttreten der Europäischen Verfassung entscheidende Rechte zur Gesetzgebung bekommen, betonte der Politiker.

„Ein Europa der Bürger zu schaffen, muss ein wichtiges Ziel der europäischen Politik sein“, sagte Hans-Peter Mayer. Leider sei Europa bei den meisten Menschen hierzulande noch nicht angekommen.



Über den Ausbau des Barßeler Bootshafens informierte sich Hans-Peter Mayer (Mitte) bei seinem Besuch.

BILD: CPA

men. Mayer rief die Bürger dazu auf, sich stärker mit europapolitischen Themen zu

befassen und bei der Europawahl am 7. Juni ihre Stimme abzugeben.